

Sicherheit / militärische Lage

Aktuelles. Risiken. Handlungsoptionen.

07. September 2022

Aktuelles

- Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat die grundlegenden Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur erschüttert: das zwischenstaatliche Gewaltverbot, die Achtung der Souveränität anderer Staaten, die freie Bündniswahl sowie das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Der russische Krieg richtet sich damit nicht nur gegen die Ukraine, sondern gegen eine regelbasierte Ordnung insgesamt. Eine diplomatische Lösung zeichnet sich nicht ab. Die humanitäre Notlage verschärft sich, Millionen Menschen sind auf der Flucht.
- Die Kämpfe zwischen russischer und ukrainischer Armee fokussieren sich auf den Osten und Südosten des Landes. Die russische Armee konzentriert sich darauf, die vollständige Kontrolle über das Gebiet der Oblast Donezk zu erlangen und die eroberten Bezirke der Oblaste Cherson, Charkiw, Saporischschja und Mykolajiw zu halten. Die russischen Offensivaktionen werden in den Richtungen Bakhmut und Avdiivka fortgesetzt.
- Dabei werden sowohl militärische als auch zivile Infrastruktur getroffen. In den durch die russische Armee eroberten Gebieten werden durch systematische Vertreibung, Verschleppung, die Zerstörung von Infrastruktur und Kulturgütern sowie die Einführung des Rubels Fakten geschaffen. Dies dient dem obersten Kriegsziel Russlands, die einbehaltenen Gebiete zu annektieren und die Ukraine als eigenständigen Staat auszuschalten.
- Seit dem 29. August 2022 führen die ukrainischen Streitkräfte offensive Operationen im Süden der Ukraine, im Umland der einzigen bislang durch das russische Militär besetzten Regionalhauptstadt Cherson, durch. Ein Element dieser Offensive ist ein anhaltender Vorstoß auf breiter Front westlich des Flusses Dnipro. Verlässliche Informationen sind aktuell nur begrenzt verfügbar. Für größere Gegenangriffe und militärischen Erfolg in der Südukraine benötigt die ukrainische Armee mehr Schützenpanzer, Kampfpanzer sowie gepanzerte Truppentransporter.
- Deutschland hat die Ukraine über die Sommermonate mit weiteren Ausrüstungs- und Waffenlieferungen aus Beständen der Bundeswehr und der Industrie – unterstützt, darunter zehn schwere Artilleriegeschütze vom Typ Panzerhaubitze 2000, 15 Flugabwehrpanzer vom Typ Gepard inkl. über 50000 Schuss Munition, drei Mehrfachraketenwerfer vom Typ MARS und drei Bergepanzer. Bundeskanzler Scholz hat für 2023 umfangreiche weitere Waffenlieferungen an die Ukraine angekündigt, u.a. 3 Iris-T Flugabwehrsysteme, Raketenwerfer, Munition und Anti-Drohnen-Geräte. Zudem kündigte er an, Deutschland werde sich bei den militärischen Unterstützungsleistungen für die Ukraine künftig auf Artillerie und Luftverteidigung konzentrieren. Die Exportanträge für Marder Schützenpanzer und den Kampfpanzer Leopard 1 wurden weiterhin noch nicht genehmigt.

Risiken

- Sparmaßnahmen, umständliche und langwierige Prozesse von Vergabe und Beschaffung in mindestens den letzten 20 Jahren haben dazu geführt, dass die Bundeswehr für den Ernstfall nicht vollständig einsatzbereit ist. Seit dem 24. Februar 2022 muss dieser Ernstfall erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte als realistisches Szenario in Erwägung gezogen werden.
- Die fehlende strategische Linie der Bundesregierung, unklare Außenkommunikation, die Diskussionen um die begrenzten Bestnde der Bundeswehr sowie die selbst im Angesicht eines Krieges in Europa schleppenden Prozesse von Beschaffungs- und Exportverfahren haben die Ankündigung einer Zeitenwende ad absurdum und bei der ukrainischen Regierung und Deutschlands internationalen Partnern zu Verwunderung geführt. Den Ankündigungen des Kanzlers zur Lieferung weiterer Waffensysteme in Abstimmung mit den NATO Partnern gilt es daher weiterhin zügig umzusetzen.
- Europa hat seinen unabhängigen Zugang ins All verloren: Russland hat am 26. Februar 2022 die Zusammenarbeit in der Raumfahrt mit Europa und der European Space Agency (ESA) in weiten Teilen aufgekündigt. Europäische und amerikanische Raketen nutzen zudem Komponenten aus ukrainischer bzw. russischer Produktion, Starts mit Sojus- und Vega-Raketen entfallen daher auf unbestimmte Zeit. Gleichzeitig stehen auch weniger US-Transportkapazitäten als Alternative zur Verfügung. Sollte Russland im Rahmen seines Krieges gegen die Ukraine europäische Satelliten wie die Galileo-Satelliten hacken, stören oder abschießen, kann Europa nicht reagieren.
- Bei der täglichen Nachrichtenflut ist es für Unternehmen eine Herausforderung, ein konsolidiertes Lagebild zu erstellen, das dabei hilft, Mitarbeiter und Standorte im In- und Ausland zu schtzen. Mit dem russischen Angriffskrieg hat die Bedrohung durch russische Spionage und Desinformationskampagnen erheblich zugenommen. Deutschland steht dabei als enger Partner und Unterstützer der Ukraine mit im Fokus. Laut dem aktuellen Verfassungsschutzbericht erstrecken sich die Spionageaktivitten mit unterschiedlicher Intensität auf die Zielbereiche Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik sowie Militär.

Handlungsoptionen

Kurzfristig

- Die ukrainische Armee verteidigt nicht nur ihr Land, sondern europäische Werte, die europäische Sicherheitsordnung. Weitere Lieferungen insbesondere von Schtzenpanzern, Kampfpanzern sowie gepanzerten Truppentransportern sind notwendig, um sie in ihrem Kampf zu unterstützen. Hier gilt es, insbesondere auf Bestnde der Industrie zurückzugreifen, die rasch einsetzbar sind. Denn die militärische Unterstützung bildet die zweite, entscheidende Säule neben den Sanktionspaketen und Embargos bei der Reaktion auf die russische Aggression.
- Die Bundesregierung reagiert mehr, als dass sie agiert: Sie bewegt sich vorrangig dann, wenn der Druck von außen massiv ist. Gemessen an politischer und wirtschaftlicher Stärke sollte Deutschland strategisch vorausschauend, nach innen und außen klar kommunizierend, proaktiv handeln.
- Die Bundeswehr muss jetzt schnellstmöglich in die Lage versetzt werden, ihre Verpflichtungen für die Landes- und Bündnisverteidigung zu erfüllen. Dies erfordert eine schnelle, zielgerichtete und effiziente Investition der Mittel aus dem Sondervermögen. Beim Kauf außereuropäischer Waffensysteme sollte sich die Bundesregierung für eine starke industrielle Beteiligung deutscher Unternehmen einsetzen, um Partnerschaften, industrielle Basis und Versorgungssicherheit zu stärken. Gleiches gilt hinsichtlich der souveränen Nutzung und Weiterentwicklung der Systeme. Der Kauf von Waffensystemen im außereuropäischen Ausland darf zudem nicht dazu führen, dass

europäische Kooperationsprojekte aufgegeben oder geführt werden. Dies wäre im Hinblick auf eine nachhaltige Stärkung der europäischen Souveränität kontraproduktiv.

- Die Unterstützungsleistungen der Industrie zur schnellen Herstellung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr bedürfen einer deutlichen politischen Flankierung der Bundesregierung: Die Ausgrenzung von Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie aus den Geschäftsportfolios des Finanz- und Versicherungssektors ist generell, aber speziell in der derzeitigen Lage, nicht angemessen. Gleiches gilt für Zuliefer-Unternehmen, die eine Belieferung der Branche mit Rohstoffen und Vormaterialien auch aktuell per se ablehnen. Generell braucht es ein Update und eine Neuausrichtung der nationalen Rohstoffstrategie.
- Europa und die Bundesregierung müssen jetzt handeln, um den unabhängigen Zugang zum Weltall zu gewährleisten. Insbesondere Deutschland ist hier in der Verantwortung, weil es über das in Europa führende NewSpace-Ökosystem verfügt und zudem gesamtwirtschaftlich am stärksten vom Ausfall der Infrastruktur im All betroffen wäre. Notwendig ist eine deutliche und nachhaltige Erhöhung des nationalen Raumfahrt-Programms, eine Unterstützung der kommerziellen Microlauncher und eine Bereitstellung von Startpltzen in EU-Kontinentaleuropa. Die privatwirtschaftliche Initiative für eine europäische Startplattform in der Nordsee war nie relevanter als heute.
- Zur Stärkung der Resilienz von Unternehmen gegenüber Sicherheitsrisiken wie Spionage und Sabotage, gerade in kritischen Industrie- und Infrastrukturbereichen bedarf es des umgehenden Aufbaus sicherer Kommunikationskanäle zwischen Unternehmen und Sicherheitsbehörden. Deren Berichte über Risiken, Bedrohungen und Lageentwicklungen müssen unbürokratisch und zeitnah zur Verfügung gestellt und der beidseitige Informationsfluss und Austausch vereinfacht werden.

Langfristig

Die bestehende Sicherheitsordnung ist durch den Angriffskrieg in der Mitte Europas erheblich geführt. Deutschland muss sich daher mit aller Kraft dafür einsetzen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaute werte- und vlkerrechtsbasierte Staatenordnung zu erhalten oder aber neu mitzugestalten. Globale und nationale Sicherheit kann nur in einem umfassenden Ansatz hergestellt werden – und immer nur im Zusammenspiel mit unseren europäischen Partnern, Freunden und Alliierten weltweit.

- **Militärisch:** Die Neuordnung des gesamten Auftrags- bzw. Beschaffungswesens muss langfristig und nachhaltig angegangen werden. Im Zentrum dabei müssen schlanke und agile Prozesse stehen, die gleichzeitig Flexibilität aber auch Planungssicherheit für Industrie und Politik bieten.
- **Zivil:** Zivile und militärische Sicherheit sind zwei Seiten einer Medaille. Bevölkerungsschutz, der Schutz von kritischen Infrastrukturen sowie Wirtschaftsschutz generell müssen ausgebaut werden. Für einen Katastrophen- und Kriegsfall ist Deutschland derzeit nicht gewappnet. Eine engere Zusammenarbeit von Unternehmen und Behörden auf Bund- und Länderebene ist hierfür elementar.
- **Technologisch:** Sicherheit hat viele Dimensionen. Deutschland kann und muss hier mehr leisten. Zukunftstechnologien made in Germany spielen dabei eine bedeutende Rolle, sowohl für den zivilen Bereich (u. a. Elektronik, künstliche Intelligenz, Informations- und Kommunikationstechnologien) als auch für den militärischen Sektor. Schlüsseltechnologien u. a. der Raumfahrttechnik, Kryptotechnik, Sensorik und Aufklärung können einen hohen Mehrwert für unsere Bündnisse entfalten.
- **Gesellschaftlich:** Der Wert von Sicherheit bedarf einer gesellschaftlichen Verankerung. Wehrhaftigkeit ist Bedingung dafür, Sicherheit zu gewährleisten und politische Ziele international zu erreichen. Wehrhaftigkeit einer wertebasierten Demokratie beginnt dabei nicht erst bei den Verteidigungsausgaben. Sie beginnt in gesellschaftlicher Resilienz, in gesellschaftspolitischen Diskussionen und im Bildungssektor, sie betrifft Risiken im Cyber- und Informationsraum genauso wie in der physischen Welt.